

Zürich, 24. Juni 2009

Reorganisation der Sozialbehörde

Endlich, nach monatelangen zum Teil zähen und emotionsreichen Diskussionen und Querelen zwischen Stadtrat, Sozialbehörde und den politischen Parteien liegt heute nun eine Vorlage voller Kompromisse zur Reorganisation der Sozialbehörde auf dem Tisch. Viele Kröten mussten wohl von allen Beteiligten geschluckt werden. Der Titel mit dem gross klingenden Name „Organisationsmodell für die Sozialhilfe in der Stadt Zürich“ ist etwas hoch gegriffen. Heute geht es nicht etwa um eine Neuausrichtung der Sozialhilfe in Zürich – diese wäre angesichts der hohen Kosten ebenfalls dringend nötig -, nein, heute geht es lediglich um die Reorganisation der Sozialbehörde, deren zukünftigen Aufgaben und Kompetenzen.

Das Wichtigste vorab: Sie bleibt im Milizsystem bestehen und wird nicht, wie von unserer Regierung gewünscht, in den Stadtrat integriert. Somit bleibt sie mehr oder weniger unabhängig zur Verwaltung. Mehr oder weniger darum, weil das Präsidium nach wie vor beim Vorsteher des Sozialdepartements bleibt. Auch die Geschäftsführung dieser eigentlich eigenständigen und unabhängigen Behörde bleibt innerhalb des Departements. Doch wird heute, leider Jahre zu spät, endlich das Hilfsmittel der Sozialdetektive zwecks Missbrauchsbekämpfung innerhalb der Sozialhilfe in der Gemeindeordnung verankert. Diese werden der Sozialbehörde vollumfänglich unterstellt, fernab jeglicher realitätsfremden Ideologien des Stadtrates. Dies alles sind Forderungen der SVP-Volksinitiative „STOPP dem asozialen Sozialhelfemissbrauch“.

Unerklärlich und inakzeptabel für die SVP ist das Ringen des Stadtrates um das Präsidium dieser Behörde. Geht es ihm um Macht, um Einflussnahme? Oder hat er Angst, als einfaches Mitglied zuwenig mitreden zu können bei der künftigen Ausrichtung der Behörde? Denn einfaches Mitglied würde er ja so oder so sein. Sicher nichtig ist das Argument des Stadtrates, nur so könne er die politische Verantwortung für die Tätigkeit der Behörde übernehmen. Denn Behörde und Stadtrat sind voneinander unabhängig. Die wahren Gründe für das Ringen um das Präsidium bleiben im Dunkeln.

Als gut erachtet die SVP die Tatsache, dass die Sozialbehörde neu zusätzlich über Spezialfälle befindet. Es sind dies die selbstständig erwerbenden Sozialhilfeempfangenden, allfällige Fort- und Weiterbildungen bei erwachsenen Sozialhilfeempfangenden und Rückerstattungen klarer Fehlzahlungen seitens des Departements. Alle drei Fälle sind politischer Natur und müssen - unabhängig vom Departement - betrachtet werden.

Die SVP hofft, dass nach dem heutigen Abend wieder Ruhe in die Sozialhilfe unserer Stadt kommt. Sozialhilfe ist ein in der Bundesverfassung verankertes Hilfsmittel für unfreiwillig in Not geratene Menschen. Hier muss sie und soll sie helfen. Menschen, welche die Sozialhilfe missbrauchen, haben kein Anrecht auf Hilfe durch die Allgemeinheit. Sie müssen bestraft werden. Diese Grundsätze gilt es in Zukunft mit aller Kraft und konsequent durchzusetzen.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef (Tel. 079/ 414 55 51)